Nr. 104 1. Ausgabe

Donnerstag, 5. Mai 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für auswärts M. 2.50, für das Ausland M. 12.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für auswärts M. 7.50, bzw. M. 8.50, für das Ausland M. 20.—. Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 60 Pf. Preisnachlaß laut Tarif. Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen ohne Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75 frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Die Lage nach Hardings Ablehnung

Die Ententetruppen rücken über den Rhein

Der abgewiesene Bettler

Im Reichstag hat man sich gestern nur mit dem Einbruch der Polen in Oberschlesien befaßt. Die Regierung hat es abgelehnt, sowohl über ihre Schritte in London, wie über die Ablehnung Hardings zu sprechen, ehe die Dinge im Kabinett und im Auswärtigen Ausschuß behandelt sind. Wenn das Kabinett selbst noch nicht im Klaren war über die Lage — und das war gestern abend offenbar noch immer der Fall —, dann war es natürlich besser, daß hier nicht vor aller Welt verhandelt wurde. Aber mit immer größerem Unbehagen fühlt man die Schwäche dieser Regierung, die ganz zweifellos der Situation nicht gewachsen ist. Wenn es bei der Anrufung Hardings den Anschein hatte, als sei diese Idee dem Kopfe Simons entsprungen, wenn sich bei der Ausführung irgend etwas wie Entschlußfähigkeit und Führertum geltend zu machen schien, so ward das verwischt durch den Wortlaut der ersten Note und weil man doch sah, daß der Außenminister der Geführte gewesen ist. Man möchte nach dem eklatanten Mißerfolg beinahe sagen: der Verführte. Und das Gefühl wird immer stärker: kein Führer.

Wenn man sich über die Entwicklung der Dinge und wie es zu dem mißtönenden Echo von jenseits des Ozeans gekommen ist, Rechenschaft geben will, so muß man auf die Entstehung der Demarche in Washington genauer eingehen. Wie wir seit den Darlegungen Dr. Simons im Reichstage wissen, kam die Anregung zur Absendung der deutschen Note an Harding aus amerikanischen Kreisen. Ja sogar auf Abfassung und Inhalt hatten einzelne Amerikaner, mit denen sich Simons beriet, großen Einfluß. Der „New York Herald" veröffentlicht jetzt sehr interessante und bezeichnende Einzelheiten über die Vorgänge, die zu jenem bedeutungsvollen Schritte des Auswärtigen Amtes führten, sowie über die Persönlichkeiten, die dabei eine Rolle spielten. Unter diesen ist nach dem amerikanischen Blatt vor allem ein zur Zeit in Berlin lebender Anwalt Mr. Helm zu nennen. Dieser schrieb schon vor einigen Wochen aus London an den Senator New, die englische öffentliche Meinung sei gegen die französischen Forderungen an Deutschland. „Das britische Volk zeigt keinerlei Animosität gegen Deutschland. (!) Es hofft, die Vereinigten Staaten würden irgendetwas unternehmen, was Lloyd George in die Lage versetzen könnte, Frankreich seine Unterstützung in der Reparationsfrage zu entziehen. Die Engländer sind entzückt über die feste Sprache Amerikas zu M. Viviani. Es ist unsre Pflicht, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen." — Offenbar hat Simons diesen Glauben übernommen! Aber man höre weiter:

Am 21. April telegraphierte Mr. Helm aus Berlin an den früheren Schatzsekretär Shaw und bat ihn um seine Unterstützung „auf der Seite der gerechten Sache, um so eine Weltkatastrophe zu vermeiden". Er versichert, er habe in Gemeinschaft mit andern Amerikanern die deutsche Wirtschaftslage genau geprüft und könne versichern, daß Deutschland bereit sei, zu zahlen, was in seinen Kräften stehe. Nur verlange es, daß darüber durch eine unparteiische Untersuchung entschieden werde und nicht durch den Haß. „England und Frankreich haben bereits fast alles auf der Welt aufgeteilt, darf man sie ein Weltunglück herbeiführen lassen, das auch Amerika träfe? Wenn man den Franzosen gestattet, ihre Pläne durchzuführen, so sind die Folgen schwer abzuschätzen; einige ihrer Forderungen sind sicherlich geeignet, ein freies Volk zur Verzweiflung zu treiben."

Von andrer amerikanischer Seite trat man außerdem noch an den Senator Shortbridge von Kalifornien heran, um seinen Einfluß im Weißen Haus für ein mäßigendes Eingreifen Hardings zu erlangen. Bemerkenswert ist dabei nur, daß scheinbar nicht nur ideelle Motive eine Rolle spielten, wie man aus den oben wiedergegebenen Darlegungen schließen könnte. Nach den Veröffentlichungen des „New York Herald", für die man diesen die Verantwortlichkeit überlassen muß, waren auch starke Geschäftsinteressen gewisser amerikanischer Kreise mit im Spiele. Ein Telegramm Helms an Senator New informiert diesen, daß er „alle Vorbereitungen getroffen habe, um sofort eine Million Ballen Baumwolle und andre Rohstoffe zu liefern".

So wichtig nun für uns auch die amerikanischen Rohstoffe und ihre baldige Lieferung sind, so durfte sich doch unsre Regierung auf keinen Fall zum wenn auch unbewußten Förderer amerikanischer privater Geschäftskreise machen lassen. Jedenfalls tut weitere Aufklärung über die Vorgeschichte der Aktion in Washington dringend not. Es ist kaum von der Hand zu weisen, daß sich Dr. Simons und mit ihm das Kabinett schwer getäuscht haben in der Beurteilung sowohl der Motive, wie des Einflusses der Vermittler und daß sie befangen waren in dem leider in weiten Kreisen verbreiteten Köhlerglauben an das gute Herz Hardings. Herr Simons mußte sich sagen, daß der Präsident nur amerikanische Politik machen darf und daß er keinesfalls zu der schwergeprüften Germania sprechen werde, wie der Prinz im Märchen: „Warum weinst du, schöne Königstochter, steh' auf, ich will dir helfen." Wer nach der Erfahrung mit Wilson noch nicht Realpolitiker geworden ist, wird es wohl nie. Gewiß, die öffentliche Meinung kann berechtigte Gefühle geltend machen und auf Gefühle wirken. Wir schätzen auch die freundschaftlichen Empfindungen weiter amerikanischer Kreise wahrhaftig nicht gering ein. Aber der Führer der deutschen Außenpolitik scheint uns zu wenig bedacht zu haben, daß vor der Anrufung Washingtons in dieser alles in Hardings Hand legenden, selbsterniedrigenden Form ganz andre Garantien für die Aufnahme in Washington hätten gegeben sein müssen.

Nach dieser Antwort stehen wir als abgewiesene Bittler vor der Tür Hardings. Er hat uns gesagt, daß wir noch nicht genug hergegeben haben und daß er mit Briand und Lloyd George darüber einig ist, wir seien noch nicht arm genug für die Vermittlung des Armenamtes in Washington. Und nun dünkt uns, daß wir nichts mehr zu verlieren haben, wenn Dr. Simons und Fehrenbach die Konsequenzen ziehen . . .

•

Die Besetzung des Ruhrgebietes

Nach einer Pariser Privat-Meldung der „Basler Nachrichten" hat Briand erreicht, daß die Besetzung des Ruhrgebietes vollzogen werden kann, daß sich die Engländer daran beteiligen und zudem noch

Maßregeln in den Häfen von Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin

ergriffen werden, wenn die Deutschen bis zum 18. Mai die letzten Bedingungen der Entente nicht erfüllt haben. Die ganze Londoner Konferenz, so schreibt das Blatt, war ein Kampf zwischen Lloyd George und Briand. In Paris ist man davon überzeugt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes am 18. Mai erfolgen wird." So sehr die Engländer hoffen, daß Deutschland klein beigibt, so sehr hoffen die Franzosen — schreibt das genannte Blatt —, daß es die Londoner Bedingungen ablehnt. Erfüllt sich die Hoffnung der Franzosen, so ist die Lage klar. Erfüllt sich die Hoffnung der Engländer, so können kritische Tage kommen, denn Frankreich ist in einer Stimmung, in der das Mobilisieren eines Jahrganges leichter ist, als das Demobilisieren. Wenn Frankreich nur mit Versprechungen getröstet wird, so wird kein Parlament die Londoner Beschlüsse ratifizieren. Man kann daraus erkennen, welchen Zwang auf England Frankreich ausübt, aber auch wo sein eigentlicher Schwächepunkt liegt. Es gilt mehr als je die Nerven zu behalten. Folgende Meldung zeigt, daß trotz allem

die Situation Briands schwierig

bleibt:

☞ **Paris, 4. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) **Aus London wird dem „Journal" gemeldet: Am Schlusse der gestrigen Sitzung des Obersten Rates erhob sich Briand und ergriff das Wort. Er war bleich und seine Stimme zitterte. „Meine Herren", so erklärte er, „ich danke Ihnen; Frankreich wird Ihre Geste zu würdigen wissen. Von Ihnen unterstützt, werde ich sofort den Befehl zur Einberufung der Jahresklasse 1919 erteilen." Lloyd George und Graf Sforza wollten sich bemühen, den Mobilisationsbefehl zurückzuhalten, aber Briand hatte bereits den Vollzugsbefehl erlassen. Eine Viertelstunde später übermittelte der Telegraph den Mobilisationsbefehl nach Paris.**

Inzwischen hat Belgier und Engländer an der Spitze, der

Uebergang der feindlichen Truppen über den Rhein

schon begonnen:

ag. **Duisburg, 4. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) **Zwischen Kaiserswerth, Köln und Ehrenbreitstein hat gestern der Uebergang von belgischer und englischer Kavallerie über die Rheinbrücken begonnen. Erhebliche Kavallerieabteilungen und auch Artillerie befinden sich bereits rechts des Rheins. In dem bisher besetzten Gebiet bis Borbeck sind alle Ortschaften mit Einquartierung belegt.**

Was die Franzosen weiter vorhaben, erhellt u. a. daraus, daß sie jetzt eine Erhebung über den Geburtsort der Beamten des besetzten Gebietes veranstalten. In Beamtenkreisen im Rheinland bringt man diese Maßnahme in Zusammenhang mit der schon wiederholt verlautbarten Absicht Frankreichs, unter Umständen zur Ausweisung aller nicht im Rheinland geborenen Beamten aus dem besetzten Gebiete zu schreiten. — Diese himmelschreienden Verletzungen des Versailler Vertrages finden offenbar die Zustimmung der „Gerechten" hüben und drüben!

•

Die englischen Arbeiter hinter Lloyd George

⊕ **Rotterdam, 4. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) **Der Amsterdamer „Telegraaf" meldet aus London: Die Arbeiterpartei hat ihre angekündigte Interpellation im Unterhaus gegen die neuen Besetzungen in Deutschland zufolge einem Parteibeschlusse zurückgenommen.**

•

Auch die französischen Gewerkschaften lehnen einen Protest gegen den Einmarsch ab

⊕ **Genf, 4. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) **Dem „Temps" zufolge haben die französischen Gewerkschaften das Ersuchen der deutschen Gewerkschaften abgelehnt, sich an der Unterzeichnung eines Protestes gegen die Besetzung des Ruhrreviers zu beteiligen.**

•

Dank der Entente an Amerika

* **London, 3. Mai.** Der Oberste Rat hat, wie wir erfahren, beschlossen, den Vereinigten Staaten seinen Dank auszusprechen für die taktvolle und höfliche Haltung, die die amerikanische Regierung in der delikaten Angelegenheit der Vermittlungsaktion eingenommen habe. In dem Danktelegramm heißt es: „Die gütige Unterstützung der Vertreter Amerikas wird auch bei den zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland und auch in den übrigen mit dem Vertrag von Versailles in Beziehung stehenden Angelegenheiten erhofft." Der Oberste Rat beschloß, die oberschlesische Frage und die Angelegenheit der Yap-Kabel bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

•

Zur freundlichen Mitwirkung eingeladen

☞ **Paris, 4. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) Wie aus London mitgeteilt wird, soll der Oberste Rat einen Appell an die Vereinigten Staaten vorbereiten, in dem er dem Wunsche Ausdruck gibt, die Washingtoner Regierung möge ihren Platz innerhalb des Obersten Rates, der interalliierten Kommissionen und sonstigen durch den Friedensvertrag geschaffenen Stellen wieder einnehmen. Es heißt ferner, daß ein Projekt für die Regelung der deutschen Schulden in Vorbereitung ist, das eine Beteiligung der Vereinigten Staaten an den für die Beitreibung der Schulden notwendigen Stellen vorsieht.

Blockade oder Besetzung Hamburgs

× **London, 3. Mai.** In der Sitzung des Obersten Rates, die um 1 Uhr zu Ende war, wurde der militärische Plan angenommen. Die vorgesehenen Maßnahmen würden entweder eine Blockade Deutschlands bedeuten oder aber die Besetzung Hamburgs im Zusammenarbeiten mit Landbereitkräften. Keinerlei Aenderungen an dem Wortlaut der Entschließung des Obersten Rats wurden vorgenommen. Die Denkschrift über die Zahlungsbedingungen und Sicherheiten wird die Reparationskommission Deutschland innerhalb vier Wochen zustellen. Die Schaffung eines Garantieausschusses als Sonderstelle der Reparationskommission wurde angeschnitten. Der Oberste Rat wird heute nachmittag endgültig das Finanzprogramm gutheißen und damit seine Tagung beschließen.

× **London, 3. Mai.** „Daily News" melden: Der Vorschlag Frankreichs, daß bei einer Weigerung Deutschlands, den Forderungen der Verbündeten zuzustimmen, außer der Besetzung des Ruhrgebietes auch die Blockade einiger der Hauptsächlichsten deutschen Häfen einsetzen solle, sei auf sehr starken Widerstand Italiens gestoßen. Daher werde die geplante Blockade jetzt die Form einer Flottendemonstration annehmen. „Daily News" zufolge wurde auch der Vorschlag, den polnischen Truppen solle gestattet werden, Oberschlesien zu besetzen, prompt abgelehnt.

•

Was wir zahlen sollen

Jährlich 100 Millionen Pfund und 26 Proz. von der deutschen Ausfuhr!

× **London, 3. Mai.** Reuter berichtet: **Der Oberste Rat kam nach fünfstündiger Sitzung zu einer vollständigen Uebereinstimmung über den Inhalt der Deutschland zu übersendenden Mitteilung. Der Redaktionsausschuß tritt heute abend zusammen, um das Protokoll anzufertigen. Eine weitere Sitzung des Obersten Rates wird morgen nachmittag stattfinden. Das Protokoll wird nicht später als am 6. Mai abgeschickt werden und Deutschland muß spätestens am 12. Mai antworten. — Deutschland muß jährlich 100 Millionen Pfund Sterling zahlen und außerdem eine Abgabe von 25 Prozent von der deutschen Ausfuhr. Die Bonds im Beitrage von 600 Millionen sollen jetzt, über 1900 Millionen im November, insgesamt also ein Betrag von 2500 Millionen Pfund Sterling, ausgegeben werden, abgesehen von Bonds im Betrage von 4250 Millionen Pfund Sterling, welche je nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausgegeben werden sollen. Die Bonds bringen 5 Prozent Zinsen, und es wird ein Schuldentilgungsfonds von einem Prozent vorhanden sein, so daß die für den Zinsendienst für die im November auszugebenden Bonds im Beitrage von 2500 Millionen Pfund Sterling erforderliche Summe 150 Millionen Pfund ausmachen wird. Wenn die Einnahmen aus der Jahreszahlung von 100 Millionen Pfund und der 26prozentigen Ausfuhrabgabe mehr ergeben als die erforderlichen 150 Millionen, so wird ein genügender Teil der in Reserve gehaltenen 4250 Millionen Pfund betragenden Bonds ausgegeben werden, um den Ueberschuß aufzuheben. Es wird eine Abgabe von einem weiteren Prozent der deutschen Ausfuhr erhoben werden, wodurch der Gesamtbetrag auf 26 Prozent steigt, um die Summe zu erreichen, die zur Bezahlung der Zinsen für die in Reserve gehaltenen Bonds nötig ist. Man rechnet damit, daß jede Serie innerhalb 37 Jahren, vom Datum der Ausgabe gerechnet, aufgelöst sein wird. Unter keinen Umständen kann die deutsche Verbindlichkeit 6 Proz. des Gesamtbetrages der Bonds übersteigen. Mit diesem Beitrage werden die deutschen Zölle oder andre Einnahmen belastet werden, die der Reparationsausschuß bezeichnet. Der Reparationsausschuß wird die Bonds nach den bereits festgesetzten Verhältnissen unter den Alliierten verteilen.**

•

Weitere Erhöhung unsrer Schuldsumme

⊙ **London, 3. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz beschloß, die Gesamtschuld Deutschlands an Belgien um 6 158 000 000 Franken zu erhöhen. Ob es sich um eine Erhöhung oder um eine anderweitige Verteilung handelt, ist in der amtlichen Meldung nicht gesagt.

•

Die Londoner Konferenzbeschlüsse

⊙ **London, 3. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Nach Schluß der Konferenz, die heute nachmittag stattfand, wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die Konferenz der alliierten Mächte tagte heute nachmittag in der Downing Street von 3 bis 8 Uhr. Man ist über den Grundtext der Note, die an Deutschland geschickt werden soll, übereingekommen. Eine Redaktionskommission ist eingesetzt worden, um das Protokoll aufzusetzen, das an die deutsche Regierung geschickt wird. Die Redaktionskommission tagte heute abend. „Central News" erfahren, daß die Konferenz heute nachmittag beschlossen hat, die Reparationskommission nach London einzuladen, um das Protokoll aufzusetzen, das an die deutsche Regierung geschickt werden soll. Man nimmt an, daß dieses Protokoll am 5. oder 6. Mai stattfinden wird. Da heute nachmittag eine weitere Sitzung des Obersten Rates stattfinden soll, sind Briand und die Mitglieder der französischen Delegation in London geblieben.

•

Die Schwierigkeiten der Folterknechte

Ⓜ **Mainz, 4. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) Die Zollbehandlung an der Rheinlinie hat so große Schwierigkeiten gezeitigt, daß man nunmehr darauf zurückgekommen ist, den autonomen Zolltarif wieder in Geltung zu bringen.

Der polnische Sturmlauf gegen Oberschlesien

Die letzte Entwicklung in Oberschlesien. — Der Anstoß zum polnischen Generalstreik. — Wo bleibt der französische Schutz?

Von unserm Korrespondenten

Dieser Artikel unsres Korrespondenten ist am 2. Mai aus dem bedrohten Gebiet abgegangen, also kurz vor dem Beginn des polnischen Einbruchs. Den Abgangsort haben wir aus begreiflichen Gründen nicht bezeichnet. Unser Korrespondent dürfte sich leider im Zentrum des für ihn besonders bedrohlichen Gefahrengebietes noch jetzt befinden. Wer sich seiner vorangegangenen Artikel erinnert, weiß, wie zutreffend leider seine Voraussagen gewesen sind.

Die Redaktion.

***, 2. Mai

Schon seit langem stand durch zahlreiche, zuverlässige Nachrichten fest, daß die Polen unter allen Umständen versuchen wollen, Oberschlesien in ihre Gewalt zu bringen. Der polnische Aufstand nach der Wahl im März d. J. war nichts andres als ein Vorläufer zu einem derartigen Gewaltakte. Damals ließ Korfanty noch einmal abblasen, weil er glaubte, durch allerlei rechnerische Kunststücke die interalliierte Kommission in Oppeln zu bewegen, daß diese in ihren Wahlberichten für eine Einverleibung des größeren Teils von Oberschlesien an Polen eintreten würde. Nach ungeheuerlichen terroristischen Akten trat im März allmählich wieder Ruhe ein. Diese Ruhe war jedoch nur eine scheinbare, in Wirklichkeit vervollständigten die Polen ihre Gewaltmaßnahmen, um im geeigneten Momente loszuschlagen. Es häuften sich die Nachrichten, nach denen immer mehr Hallerleute nach Oberschlesien geschmuggelt wurden. Es war Tatsache, daß diese nach Oberschlesien geschmuggelten Hallerleute über Waffen und Uniformen verfügten. Die Polen legten immer neue Waffenlager in Oberschlesien an. Deutsche Anzeigen hierüber blieben von den Franzosen unbeachtet. Haussuchungen wurden nur bei Deutschen vorgenommen. Gleichzeitig vermehrten die Polen ihre Waffenlager entlang der ganzen Grenze. Die regulären Truppen an der Grenze wurden verstärkt. Heute wagt es auch die Warschauer Regierung nicht mehr abzustreiten, daß sich mehrere Divisionen regulärer Truppen an der Grenze unmittelbar befinden, und daß diese Truppen über Flugzeugparks und über reichlich Artillerie verfügen. Mehrfach wurden die polnischen Gewaltaktionen angesetzt, im letzten Moment aber immer wieder aufgeschoben.

Jetzt ist plötzlich eine Aenderung in der Situation eingetreten. Die Polen, die immer vorzüglich unterrichtet waren über das, was sich im Schoße der Interalliierten Kommission in Oppeln ereignete, wollen erfahren haben, daß am letzten Donnerstag der Bericht der Interalliierten Kommission über die oberschlesische Volksabstimmung zum Abschluß gekommen ist. Mit dieser Angabe der Polen stimmt auch überein, daß General Le Rond am Sonnabend Oppeln verlassen und sich nach Paris begeben hat, um dort den soeben fertiggestellten Wahlbericht zu übergeben. Um nun das polnische Volk für Oberschlesien zu alarmieren, ließ das Korfantysche Hauptquartier in Beuthen am Sonntag Extrablätter erscheinen, die von einem „Anschlag auf Oberschlesien" sprachen. Die gleichen Extrablätter wurden als Flugblätter hergestellt und in ungeheuren Massen in der Nacht zum Montag und in den Montag-Vormittagsstunden auf den oberschlesischen Gruben verbreitet. Die beiden ersten Nachrichten dieses Flugblattes lauteten:

„Warschau, 1. Mai 1921

Unser Berliner Korrespondent erfährt, daß an ein Berliner Blatt aus Kattowitz in Oberschlesien von gut unterrichteter Seite eine sichere Nachricht der Entente gekommen ist, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln am Donnerstag ihren Rapport über den Ausgang des Plebiszits gemacht hat und am Freitag an den Hohen Rat nach London abschickte. Der Rapport der Kommission proponiert die Teilung Oberschlesiens unter Deutschland und Polen in der Weise, daß Deutschland beinahe ganz Oberschlesien, einschließlich des Zentralreviers, erhalten soll. Polen sollen dagegen die Kreise Rybnik, Pleß mit einer kleinen Aenderung der Grenzen östlich von Kattowitz zuerkannt sein."

„Beuthen, 1. Mai 1921

Nachricht: Sofort Sorge dafür getragen, um zu erfahren, was daran Wahres sei. Alles spricht dafür, daß diese Nachricht aus Berlin auf voller Wahrheit beruhe."

Ferner trägt das Flugblatt lächerliche Angaben über angebliche Gewaltpläne der Industriellen mit. Die Wirkung der Hetzarbeit blieb nicht aus: Die Arbeit auf den oberschlesischen Gruben wurde niedergelegt, zur Stunde wird nur noch vereinzelt gearbeitet. Die Arbeiter selbst hatten keinerlei Streikneigung, die bereits eingefahrenen Arbeiter aber wurden durch einen auch in Oberschlesien selten maßlosen Terror gezwungen, wieder auszufahren und die Arbeit niederzulegen.

Was taten inzwischen die Franzosen? Sie hatten schon in den letzten Tagen alle Truppen aus den gefährlichsten Revieren zurückgezogen. Myslowitz ist seit Montag früh ohne den geringsten Schutz. Auch zahlreiche Gemeindebehörden in den zunächst bedrohten Revieren haben ihre Tätigkeit eingestellt. In der Nähe von Kattowitz fand Sonntag vormittag eine polnische Versammlung statt, an der auch zwei französische Offiziere teilnahmen. In dieser Versammlung, über die eidesstattliche Angaben vorliegen, wurde eingehend besprochen, in welcher Weise Kattowitz in der Nacht vom 2. zum 3. Mai oder in der darauffolgenden Nacht erobert werden soll. In den Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß 5000 Gewehre in der Nähe von Kattowitz bereit liegen, um genügend Mannschaften auszurüsten. Die beiden anwesenden französischen